

# Auch Blochers Jüngste wird aktiv

Rahel Blocher, 45, ist doppelt geimpft, hat ein Zertifikat – macht aber dennoch mobil gegen das Covid-19-Gesetz.

Othmar von Matt

Den einzigen öffentlichen politischen Auftritt hatte Rahel Blocher (45) vor fast 30 Jahren. Die Jüngste der vier Kinder von Christoph Blocher sass mit Mutter Silvia in den Zuschauerreihen der «Arena». Ihr Vater kämpfte gegen den EWR-Beitritt. Als jugendliche Zuschauer betonten, die Jugend sei für den Beitritt, kroch Wut in ihr hoch. Sie hob die Hand, Moderator Filippo Leutenegger erkannte sie, gab ihr das Wort. Nicht alle Jugendlichen seien für den EWR, hielt sie fest – sie sicher nicht.

Schon damals habe sie realisiert, sagt Rahel Blocher heute, dass sie nicht gemacht sei für die Politik. «Ich bin zu impulsiv.» Trotzdem tritt sie jetzt erstmals ganz bewusst politisch an die Öffentlichkeit. Sie kämpft als Aushängeschild des neuen Vereins «Gesund und frei» gegen das revidierte Covid-19-Gesetz.

Unternehmerinnen und Unternehmer haben sich im Verein zusammengeschlossen. Präsident ist Arzt Stephan Rietiker. Dem Komitee gehören auch Ökonomieprofessor Martin Janssen, Ernährungsberaterin Simone Wietlisbach und alt Nationalrat Claudio Zanetti (SVP) an. Es setzt sich für Freiheit, für eine evidenzbasierte Gesundheitsförderung und gegen eine Zweiklassengesellschaft ein.

## Sie liess sich schnell mit Moderna impfen

Rahel Blocher zählt nicht zu den Massnahmenverweigerinnen. Sie liess sich schnell mit Moderna impfen. «Ich möchte kein Covid bekommen», sagt sie. «Ich lasse mich auch jedes Jahr gegen die Grippe impfen, seit ich sie einmal hatte.» Sie hat auch ein Zertifikat.

Genau dieses Zertifikat ist es aber, das ihr aufstösst: «Mit ihm hat der Bundesrat eine versteckte Impfpflicht eingeführt und spaltet die Gesellschaft.» Ihr missfallen vor allem die Aggressivität gegenüber Nichtgeimpften und die «Nicht-Diskussion», wie sie sagt: «Diskussionen werden sofort mit dem Totschlagargument Aluhut beendet.»

Mit dem Zertifikat werde die Freiheit zu einer «Schein-Freiheit» und die Normalität zu



Gehört zu den Reichsten der Welt: Unternehmerin Rahel Blocher.

Bild: Valentin Hehli (Wilten bei Wollerau, 15. Oktober 2021)

## Blochers Print-Imperium

Als Geschäftsführerin der Robinvest AG ist Rahel Blocher auch für die Zeitungshaus AG verantwortlich. Sie gehört der Robinvest. Diese wiederum leitet über die Swiss Regionalmedia AG 26 Gratiszeitungen in der gesamten Deutschschweiz. Im Swissregio Kombi, das auch «Bärnerbär», «Bündner Nachrichten» und «Schaffhauser Bock» umfasst, kommt es auf sehr hohe 855 000 Leserkontakte gemäss Mach Basis. (att)

einer «Schein-Normalität», sagt sie: «20 Prozent der Menschen haben kein Zertifikat – und sie werden bei vielen Anlässen ausgeschlossen.»

Auch Widersprüchlichkeiten bei den Informationen wecken Argwohn bei ihr. «Schweden, Dänemark und Finnland wollen junge Menschen unter 30 Jahren wegen der Nebenwirkungen nicht mehr mit Moderna impfen», sagt sie. «Die Schweiz macht aber weiter, als ob nichts wäre. Es findet nicht einmal eine

Diskussion statt.» Sie spricht von einer «Art Brainwashing» der Gesellschaft, die im Gange sei.

Eigentlich wollte Blocher im Verein aus dem Hintergrund agieren. Schnell war aber klar: Wer Blocher heisst, kann vor allem damit helfen, Öffentlichkeit herzustellen. «Im Sinne der Sache» habe sie sich entschlossen, den Schritt zu wagen: «Man muss etwas unternehmen. Es zeichnet sich kein Ende ab.»

## Sie weiss, was es bedeutet, Blocher zu heissen

Dennoch soll das Engagement ein Einzelfall bleiben. Die Unternehmerin ist mit Politik gross geworden. Sie steht der SVP nahe, ist aber parteilos. Und sie war sich sicher, dass sie sich nie politisch engagieren wird. «Ich habe beim Vater mitbekommen, welche Nachteile die Politik hat», sagt sie. Die Arbeit sei streng, man sei eine Person des öffentlichen Interesses. «Geht man mit meinem Vater irgendwo hin, wird er immer von Menschen angesprochen.»

Sie weiss, was es bedeutet, den Namen Blocher zu tragen. «Ich habe wohl mit tausend Personen studiert», witzelt sie.

«Alle kennen mich, aber ich kenne die meisten nicht.» Das sei immer so gewesen für sie.

Rahel Blocher tritt unpräzise auf. Sie ist ledig, besucht gern Konzerte und Theaterveranstaltungen. Sie ist ein grosser Fan des Kult-Klassikers «The Show Must Go Wrong» im Bernhard Theater. Sie wird die Show bald zum vierten Mal besuchen.

«Ich lache gerne und schätze guten Humor sehr», sagt Blocher. Sie nimmt für sich eine gute Prise schwarzen Humors in Anspruch. Kein Wunder, hat sie sämtliche 66 Kriminalromane von Agatha Christie gelesen, in denen der belgische Detektiv Hercule Poirot und die altjüngferliche Hobbydetektivin Miss Marple wichtige Rollen spielen.

Rahel Blocher liest gerne Cozy-Mystery-Krimis. Also keine Action-Thriller mit Mord und Totschlag. Sondern Kuschelkrimis, in denen es höchstens einen Toten gibt und die in erzählendem Stil verfasst sind.

Sie studierte Wirtschaftswissenschaften an der Uni St. Gallen, bezeichnet sich selbst aber als Buchhalterin. «Ich habe Rechnungswesen und Controlling studiert», sagt sie. «Das ist

höhere Buchhaltung. Letztlich ist sowieso alles Buchhaltung.» Heute ist sie Geschäftsführerin der Robinvest AG. Diese Investitionsgesellschaft der Familie gehört ihrem Vater.

## Mit 8,5 Milliarden steht sie auf Rang 306 der Welt

Blocher ist auch Stiftungsrätin der Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau. Vor allem aber hält sie mit ihren Schwestern Magdalena Martullo und Miriam Blocher Baumann 70 Prozent der Aktien der Ems-Chemie. Das macht Rahel Blocher gemäss Bloombergs Milliardären-Index zu einer der reichsten Frauen der Welt. Im Index von Freitag lag sie auf Rang 306 mit einem geschätzten Vermögen von 8,5 Milliarden Dollar. Magdalena Martullo liegt mit 8,7 Milliarden nur knapp vor ihr – auf Rang 291.

Damit fragt sich: Wäre sie nicht logische Nachfolgerin bei der Ems-Chemie, falls Martullo dereinst für Ueli Maurer in den Bundesrat gewählt würde? «Mit solchen Dingen befassen sich Aussenstehende», sagt Rahel Blocher. «Ich führe solche Diskussionen nicht auf Vorrat.» Eine Absage tönt anders.

## Höhere Kosten für jede zusätzliche Impfung

**Coronapandemie** Knapp 100 Millionen Franken lässt sich der Bundesrat die Erhöhung der Impfrate kosten, wie er letzte Woche bei der Vorstellung seiner Impfoffensive bekannt gab. Laut Lukas Engelberger, oberster Gesundheitsdirektor der Schweiz, ist der Aufwand pro Impfung aktuell viel höher als in den ersten Monaten der Pandemie. «Damals standen die Leute Schlange. Jetzt müssen wir aktiv auf die Bevölkerung zugehen, das ist Knochenarbeit», sagte er in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag».

Die «Kosteneffizienz» verliere damit an Bedeutung, sagte Engelberger weiter. «Nun steht der Nutzen jeder zusätzlichen Impfung im Vordergrund.» Auf die Frage, ob die Offensive des Bundesrats nicht zu spät komme, sagte Engelberger, dass die Kantone schon seit Monaten mit niederschweligen Angeboten arbeiteten. «Mit der Impfoffensive erfinden wir das Rad nicht neu.» Es gehe darum, die bestehenden Anstrengungen zu verstärken. (gb)

## Zwei junge Männer schwer verletzt

**Zürich** Beim Bahnhof Stadelhofen in Zürich sind in der Nacht auf Sonntag zwei junge Männer mit einer Stichwaffe angegriffen worden. Sie erlitten schwere Verletzungen. Bei den Opfern handelt es sich um einen 19-jährigen sowie einen 20-jährigen Mann. Kurz vor 02.30 Uhr am Sonntagmorgen seien sie beim Bahnhof Stadelhofen in Zürich mit einer Stichwaffe verletzt worden, wie die Stadtpolizei gestern mitteilte. Beide mussten mit «zum Teil schweren Verletzungen» ins Spital gebracht werden, wie es weiter heisst.

Dem Angriff ging eine Auseinandersetzung mit mehreren Personen im Alter von 19 bis 24 Jahren voraus. Die genauen Hintergründe der Tat seien aber noch unklar, schreibt die Polizei. Sie bittet Zeuginnen und Zeugen, sich zu melden. Bereits letztes Wochenende kam es in Zürich zu einer Attacke mit einer Stichwaffe. Opfer war ebenfalls ein junger Mann. Er erlitt jedoch nur leichte Verletzungen. (gb)

# Pflege-Initiative: Kritik an «populistischer» Parole der GLP

Im Parlament haben die Grünliberalen gegen die Pflege-Initiative gestimmt, nun empfehlen sie für die Abstimmung Ende November ein Ja.

**Gesundheit** Das Klatschen während der Corona-Pandemie fürs Pflegepersonal war offenbar doch nicht nur für die Galerie. Das Wohlwollen gegenüber Pflegerinnen und Pflegern war selten grösser als heute. In einer Umfrage von Tamedia befürworteten 82 Prozent der Bevölkerung die Pflege-Initiative, über welche die Schweiz am 28. November abstimmen wird. Sie fordert eine Ausbildungsinitiative, bessere Arbeitsbedingungen, um Berufsausstiege zu verhindern, und

mehr Pflegefachpersonal auf den Schichten, um die Pflegequalität zu garantieren.

## Die Mitte-Partei mit Stimmfreigabe

Auch bei den Parteien sind diese Sympathien zu spüren. Nachdem die Delegierten der Mitte-Partei im September Stimmfreigabe für die Pflege-Initiative beschlossen haben, entschieden sich die Delegierten der Grünliberalen (GLP) am Samstag gar für die Ja-Parole. Noch im Parla-

ment hatten die Fraktionen beider Parteien mit deutlicher Mehrheit für den Gegenvorschlag des Bundesrats und damit gegen die Initiative gestimmt.

Die hohen Zustimmungswerte zur Initiative hätten die GLP offenbar kippen lassen, vermutet FDP-Nationalrat Philippe Nantermod. «Das ist eine sehr populistische Haltung», sagt der Walliser, der für den Gegenvorschlag weibelt und die Nein-Kampagne gegen die Pflegeinitiative orches-

trieren wird. Das passe gar nicht zu GLP, die sich sonst immer rühme, eine klare Linie zu haben. «Sie sagen immer, sie seien wirtschaftsfreundlich – doch diese Initiative ist das Gegenteil davon», so Nantermod.

Bei einer Umweltschlichtung hätte er das Ausscheren nachvollziehen können. «Dies hat aber nichts mit dem Klima zu tun», sagt er. Das sei eine rein wirtschaftliche Angelegenheit. So müsste bei einer Annahme der Bund die Löhne im Pflege-

bereich fixieren. «Das passt nicht zur Schweiz», sagt der FDP-Politiker.

Als «traurig» bezeichnet er deshalb den Entscheid der GLP, auch für die Stimmfreigabe der Mitte-Partei hat er wenig Verständnis. Aufgeben wolle er aber sicher nicht. Die Kampagne für den Gegenvorschlag und gegen die Initiative startet diese Woche – voraussichtlich am Freitag.

GLP-Präsident Jürg Grossen lässt die Kritik abperlen. «Wir haben mit dem Rückzug der Initia-

tive gerechnet», sagt er. Als dies nicht geschah, habe man die Initiative nochmals im Vorstand debattiert und sei zu einem anderen Schluss gekommen. «Wir waren der Meinung, dass es mehr als den Gegenvorschlag braucht», sagt Grossen. Der Entscheid sei aber auch im Vorstand nicht einhellig gewesen. Rund Dreiviertel haben für ein Ja gestimmt, ein Viertel dagegen. Wie an der Delegiertenversammlung.

Roman Schenkel